

Hoffnung war ein wesentlicher Grund für das Nein

Liechtenstein hat das temporäre 2G-Gesetz für den Notfall mit 52,7 Prozent abgelehnt. Eine erste Umfrageauswertung des Liechtenstein-Instituts zeigt: Viele glauben nicht daran, dass das Coronavirus noch einmal so heftig zuschlagen wird.

Patrik Schädler

«Parteiungebundene» gaben den Ausschlag für das Nein

Die grösste Zustimmung erhielt das 2G-Gesetz mit fast 80 Prozent bei den mit der Freien Liste Sympathisierenden. Bei den Anhängern der beiden Regierungsparteien waren es etwa zwei Drittel, die dem Gesetz zustimmten.

Jene Umfrageteilnehmer, welche gemäss eigenen Angaben den Unabhängigen (DU) oder der DpL nahestehen, verwarfen hingegen das Gesetz mit etwas über 80 Prozent. Noch klarer war es bei den Teilnehmern, welche Sympathien zur neu gegründeten MiM he-

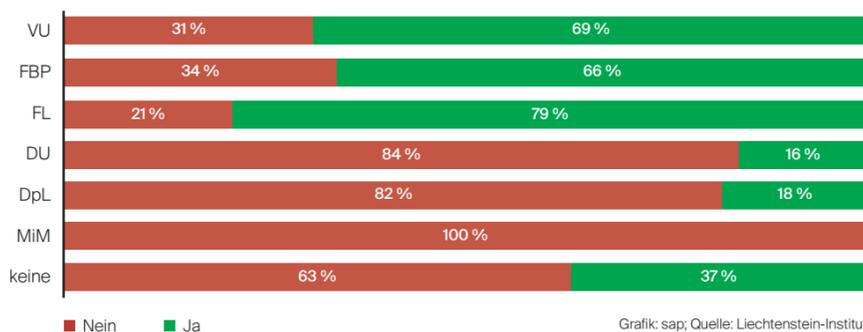
gen: Sie lehnten das 2G-Gesetz «in ihrer Gesamtheit» ab. «Das ist nicht ganz erstaunlich, da sich die Partei ja im Zuge des Referendums zu diesem Gesetz gegründet hat», schreibt Thomas Milic vom Liechtenstein-Institut dazu.

Für Milic die entscheidende Gruppe, welche den Ausschlag für das Nein gegen das 2G-Gesetz gaben, waren die «grosse Gruppe der Parteiungebundenen» – also jene, welche in der Umfrage angaben, keiner Partei nahezustehen. Diese Gruppe verwarf das Gesetz mit

63 Prozent. Auch nach der Links-rechts-Selbsteinstufung ergibt sich ein ähnliches Bild: Links fand das Gesetz mit etwas weniger als 75 Prozent eine klare Zustimmung, während es in der Mitte des politischen Spektrums und in der gemässigten Rechten knapp scheiterte.

«Im Rechtsaussen-Lager war das Gesetz chancenlos», so Milic. Und auch bei jenen, welche sich auf der Links-/Rechts-Achse nicht einstufen können oder wollen, fiel das Gesetz mit 73 Prozent Nein-Stimmen grossmehrheitlich durch.

Abstimmungsverhalten nach Parteipräferenzen



Mehrheit geht davon aus, dass Corona «Geschichte» ist

«Der Entscheid zu einer Sachfrage ist immer auch von den erwarteten Konsequenzen einer Annahme oder Ablehnung abhängig», so Thomas Milic vom Liechtenstein-Institut.

Eine zentrale Voraussetzung dafür, erneut Massnahmen wie eine 2G-Regelung zu beschliessen, wäre eine erneute Coronawelle mit einer Überlastung des Gesundheitswesens in der näheren Zukunft. Damit rechnet in Liechtenstein nur eine Minderheit. «Etwa 70 Prozent aller Stimmenden hielten es für wahrscheinlicher, dass ein solcher Ernstfall ausbleibt, als dass er eintritt. Selbst die Ja-Stimmenden rechnen im Schnitt mit einem «ruhigen» Herbst und Winter», schreibt Milic in seiner ersten Analyse. Es sei klar, dass in diesen Erwartungen auch der Faktor Hoffnung eine Rolle spie-

le. «Aber auf jeden Fall ist es so, dass eine Mehrheit der Stimmenden davon ausgeht, dass Corona «Geschichte» ist. Und diese Grundstimmung war für das Gesetz gewiss nicht förderlich», so Milic.

Deutlicher gingen die Erwartungen bei den zwei anderen Prognosen auseinander. Zwei Drittel der Ja-Stimmenden ist sich ziemlich sicher, dass die Liechtensteiner Regierung den Lockdown einführen wird, sollte das Gesetz abgelehnt werden und die Schweiz wieder eine 2G-Regel einführen. Die Nein-Stimmenden rechnen in ihrer Mehrheit (63 Prozent) nicht damit. «Es ist unklar, welche Reaktion vonseiten der Regierung die Nein-Stimmenden in dem geschilderten Fall erwarten, aber nur eine Minderheit von ihnen glaubt, es würde ein Lockdown

verhängt werden», schreibt Milic dazu.

Am weitesten gehen die Meinungen bei der Aussage auseinander, wonach die Intensivbetten der Schweizer Spitäler den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern weiterhin zur Verfügung stehen werden und zwar unabhängig davon, welche Coronapolitik Liechtenstein verfolgen wird. «Die Nein-Stimmenden sind sich dessen sehr sicher, knapp die Hälfte hat gar überhaupt keinen Zweifel daran. Bei den Ja-Stimmenden sind die Erwartungen ausgeglichener: Rund 44 Prozent halten ein «Spitalbetten-Embargo» für eher wahrscheinlich, etwa 36 Prozent für eher unwahrscheinlich», so Milic. Auch diese ziemliche Sicherheit ist für ihn eine weitere Erklärung für die Ablehnung des Gesetzes.



Bild: Keystone

Ungeimpfte lehnten das Gesetz fast unisono ab

1866 komplett ausgefüllte Umfragen konnte das Liechtenstein-Institut bei der Online-Abstimmungsumfrage zum 2G-Gesetz auswerten. Das Alter war dieses Mal für den Stimmentcheid nicht massgeblich. Zwar stimmten die über 70-jährigen der Vorlage stärker zu als jüngere Stimmende. Gemäss der ersten Auswertung von Thomas Milic vom Liechtenstein-Institut zeigt sich ein ähnliches Muster wie bei der Aufschlüsselung der Impfgruppe nach Altersgruppen: «Die tiefste Zustimmung, rund 30 Prozent, erfuhr das Gesetz etwa bei den 30- bis 39-jährigen Frauen, die gemäss amtlicher Impfquotenstatistik auch die tiefste Impfquote von 66 Prozent aufweisen.» Generell sei der Impfstatus einer «der wichtigsten Bestimmungsgründe des Stimmentscheids» gewesen. «Ungeimpfte lehnten die Vorlage mit 99 Prozent fast ausnahmslos ab», so Milic. Interessant sei aber, dass beinahe ein Drittel der mindestens einmal Geimpften ebenfalls Nein

stimmte. «Der Impfstatus erklärt zwar viel, war aber längst nicht allein ausschlaggebend. Im Gegenteil: Die regelungskritischen Geimpften waren letztlich ausschlaggebend für den Ausgang der Abstimmung.»

Argumente hatten keinen Einfluss

Gemäss der ersten Auswertung der Abstimmungsumfrage wurde das Corona-Krisenmanagement der Regierung von einer Mehrheit als sehr gut oder eher gut beurteilt. «Aber etwas mehr als ein Viertel von ihnen legte trotzdem ein Nein in die Urnen. Jene, die die Regierung hingegen schlecht oder eher schlecht bewerteten, schrieben fast alle ein Nein auf den Stimmzettel», so Milic. Keinen Einfluss auf den Ausgang der Abstimmung hatten die Argumente. Dazu waren die Fronten zu klar und verhärtet. Wer Ja stimmte, war im Grossen und Ganzen mit allen Pro-Argumenten einverstanden und lehnte die Kontra-Argumente ab. Bei den Nein-Stimmenden war es genau um-

gekehrt. Dazu schreibt Milic: «Es macht nicht den Eindruck, als sei die Meinungsbildung ein Abwägungsprozess gewesen, wo Pro- und Kontra-Argumente gegeneinander abgewogen wurden. Vielmehr lässt der Befund den Eindruck zu, dass alles dafür oder – umgekehrt – alles dagegen sprach.»

Dies decke sich auch mit den Ergebnissen zum Entscheidungszeitpunkt und zur Entscheidungsschwierigkeit. «Die allermeisten hatten keine Mühe, zu einem Entscheid zu gelangen. Es stand ohnehin meist von vorneherein unerschütterlich fest.» Am schärfsten seien die Meinungen beim Argument Diskriminierung auseinandergelassen. «Die Gegnerschaft war überzeugt, dass die 2G-Regelung eine Diskriminierung – zumeist ihrer Person selbst – darstelle, während die Befürworterschaft dies vehement in Abrede stellte.» Dies mache deutlich, warum die Impf- und Zertifikatsdiskussion seinerzeit derart emotional verlief.

Erwartungshaltungen: Bei den Intensivplätzen gibt es die grösste Abweichung

Die Frage lautete: «Bei einer Abstimmung geht es immer auch darum, welche Erwartungen man im Hinblick auf die Zukunft hat. Geben Sie an, für wie wahrscheinlich Sie die folgenden Szenarien erachten.» (0=völlig unwahrscheinlich, 5=50:50, 10=fast absolute Sicherheit).

